

Aufruf „Für ein friedliches Miteinander!“

## **Der Rat der Religionen Frankfurt trauert um die Opfer des Terrorattentats vom 19. Februar 2020 in Hanau:**

Gökhan Gültekin, 37

Sedat Gürbüz, 30

Said Nesar Hashemi, 21

Mercedes Kierpacz, 35

Hamza Kurtović, 22

Vili Viorel Păun, 23

Fatih Saraçoğlu, 34

Ferhat Unvar, 22

Kaloyan Velkov, 33

Wir beten für diese neun Menschen, die vor genau einem Jahr ermordet wurden, und schließen die Überlebenden und Hinterbliebenen in unsere Gebete ein. Mögen sie Zusammenhalt, Stärkung und Trost finden zum ersten Jahrestag eines Verbrechens, nach dem nichts mehr sein wird, wie es vorher war.

Der viel zu frühe, gewaltsame Tod dieser jungen Menschen hat unerträgliches Leid über ihre Familien, ihre Freunde, ihre Nachbarn gebracht. Sie waren Kinder, Brüder, Schwestern, Onkel, Tanten, Mütter, Väter und Freunde. Und sie wurden von einem hasserfüllten Mörder aus dem Leben gerissen, weil sie ihm nicht „deutsch“ genug schienen, weil sie oder ihre Eltern aus der Türkei, Afghanistan, Polen, Bosnien, Rumänien und Bulgarien nach Hanau gekommen waren.

Nicht nur in Hanau, im ganzen Land und auch in Frankfurt trauern Menschen, gedenken der Opfer und fordern Aufklärung darüber, wie dieses Attentat geschehen konnte – und was unternommen wird, um in Zukunft Menschen in Deutschland besser vor rassistischer Gewalt zu schützen.

Was kann jede und jeder Einzelne von uns, was können Schulen, Politik, Verwaltung und Wirtschaft, was können zivilgesellschaftliche Akteure beitragen, um den Hass zu bekämpfen und die Zugehörigkeit derjenigen zu stärken, die immer wieder ausgegrenzt, angegriffen und sogar ermordet werden? Auf diese Fragen antwortet der KRM Aufruf zum 19.02.2021, dem wir uns anschließen und den wir gerne teilen:

## **KRM Aufruf zum 19.02.2021**

### **Für ein friedliches Miteinander!**

### **Gedenken an den Terroranschlag von Hanau am 19.02.2020**

Heute gedenken wir den Opfern des Terroranschlags in Hanau vor genau einem Jahr. Am 19.02.2020 erschoss ein rechtsradikaler Täter zehn Menschen und verletzte viele weitere zum Teil schwer. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und Überlebenden, die jäh aus ihren Lebenszusammenhängen gerissen wurden.

Der Terroranschlag von Hanau ist nicht der erste in unserem Land. Er reiht sich ein in eine lange Liste von gewalttätigen und mörderischen Angriffen in unserem Land gegen Migranten, die häufig Muslime sind.

Gerade hat das Bundesinnenministerium festgestellt, dass Übergriffe gegen Muslime und muslimische Einrichtungen in Deutschland trotzdem auch im vergangenen Jahr erneut zugenommen haben. Mindestens 900 islamfeindliche und antimuslimische Straftaten gegen Muslime und Moscheen wurden von den Behörden in 2020 bundesweit registriert.

Es fällt mittlerweile sehr schwer an all die Taten zu erinnern, die traumatische Ereignisse für einen Teil der Bevölkerung sind, der sich mehr und mehr im Stich gelassen fühlt.

Anschläge auf Migranten, auf Juden, auf Sinti und Roma, auf Muslime und andere Minderheiten richten sich nicht nur gegen Einwanderer in Deutschland, sondern sind Anschläge auf die gesellschaftliche und politische Ordnung unseres Landes. In diesem Sinne gelten sie jedem, der sich für ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft einsetzt, wie wir auch schmerzlich an der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke, erfahren mussten. Diese rassistischen, fremden- und muslimfeindlichen Angriffe und deren Täter möchten das Zusammenleben der Menschen verschiedener Religionen in unserem Land zerstören.

Die Motivation der Täter ist rassistischer Fremdenhass, aber die Opfer dieser Angriffe sind keine Fremden. Sie sind Menschen aus unserer Mitte.

Diese Angriffe geschahen und geschehen nicht in luftleerem Raum, sondern sind vielmehr Resultate unsäglicher Debatten und gezielter Spaltungen, durch die sich die Täter nicht nur in ihrem Hass und ihrer Affinität zu Gewalt gerechtfertigt fühlen, sondern ihrem Verständnis nach sogar aufgefordert werden zu handeln.

Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass die Verwendung von Sprache verantwortlich geschieht, insbesondere von den politischen Akteuren.

Daneben ist in einer demokratischen Gesellschaft und in einem Rechtsstaat die Aufklärung von Straftaten von großer Bedeutung für den gesellschaftlichen Frieden.

Daher sollte der Staat wirksam gegen Terroristen ermitteln, aufklären und nach vorliegenden Ergebnissen die Hintergründe öffentlich machen sowie wirkliche,

strukturelle und personelle Konsequenzen ziehen. Die Täter und ihre Hintermänner aus Institutionen und Organisationen sollen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Haltung schulden wir den Opfern und ihren Hinterbliebenen.

In diesem Zusammenhang erinnern wir an diverse Anschläge und Attentate, die bis heute nicht adäquat aufgeklärt wurden, wie zum Beispiel der Fall Jalloh in Sachsen-Anhalt oder auch die erheblichen Herausforderungen bei der ungenügenden Aufklärung der NSU Mordserie.

Gleichzeitig macht uns die wachsende Sensibilität der politischen Entscheidungsträger für die zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit in unserem Land Hoffnung. Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung nun Schritte zur Bekämpfung des antimuslimischen Rassismus durch die Einberufung eines Expertenkreises einzuleiten. Ebenso machen uns die beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung gegen den wachsenden Rechtsextremismus (89 Maßnahmen) Mut und Hoffnung.

Wir tragen alle die gemeinsame Verantwortung, aus diesen mörderischen Taten Lehren zu ziehen und gleichzeitig zu verhindern, dass eine Kultur des Verdrängens oder der Verharmlosung entsteht.

Hanau 19.02.2021

### **Initiator des Aufrufs:**

Koordinationsrat der Muslime in Deutschland

- DITIB – Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion
- Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland
- UIAZD – Union der Islamisch-Albanischer Zentren in Deutschland
- VIKZ – Verband Islamischer Kulturzentren
- ZMD – Zentralrat der Muslime in Deutschland
- ZRMD – Zentralrat der Marokkaner in Deutschland

### **Unterstützer des Aufrufs:**

- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF e.V.)
- Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland
- Bundesverband der Vereine unabhängiger Industrieller und Unternehmer e.V. (MÜSIAD)
- Christlich Muslimische Friedensinitiative (CMFD)
- Der Bund der Muslimischen Jugend (BDMJ)
- Der Bund der Muslimischen Frauen (BDMF)
- Bund der Muslimischen Eltern (BDME)
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
- Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG)
- Frauenorganisation der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş
- Frauenjugendorganisation der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş
- Jugendorganisation der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş

- Internationaler Versöhnungsbund Deutscher Zweig e.V.
- Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland (IGBD)
- Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V. (IGS)
- Pax Christi – Deutsche Sektion e.V.
- Stiftung gegen Rassismus

#### **Regionale Unterstützer des Aufrufs:**

- Bund Türkischer Vereine in München (Münih Türk Dernekler Birliđi – MTDB)
- Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW)
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)
- Rat der Religionen Frankfurt am Main
- Verein zur Förderung des Gedankenguts Atatürks in Hessen e.V.
- Initiativforum türkischer Vereine und Verbände in Köln und Umgebung (Köln ve Çevresi Türk Dernekleri İnisiyatifi – KIT)
- Initiativplattform der Türkischen Vereine und Verbände in Hessen (Türk Dernekleri İnisiyatifi Platformu – HTDIP)
- Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg e. V. (IGBW)
- Islamische Religionsgemeinschaft DITIB – Hessen
- Islamrat für das Land Hessen
- Konferenz für Islamfragen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
- Landesverband Hessen – Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD)
- Plattform der türkischen Vereine in Gelsenkirchen (Türk Dernekleri Platformu Gelsenkirchen – TDP)
- Schura Niedersachsen-Landesverband der Muslime in Niedersachsen e.V.
- SCHURA Rheinland-Pfalz Landesverband der Muslime e.V.
- SCHURA Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.
- SCHURA – Islamische Religionsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V.
- SCHURA – Islamische Religionsgemeinschaft Bremen e.V.